



Verband
Region Stuttgart

SPD-Regionalfraktion · Kronenstraße 25 · 70174 Stuttgart

An die Presse
in der Region Stuttgart

SPD-Regionalfraktion

Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Telefon: 0711 - 299 14 95

Telefax: 0711 - 299 14 96

E-mail: spd@region-stuttgart.org

Homepage: www.spd-region-stuttgart.de

Stuttgart, 07. Dezember 2011

Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalt des Verbands Region Stuttgart für das Jahr 2012 und die mittelfristige Finanzplanung

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zuerst gilt mein Glückwunsch unserer Fraktionskollegin Angelika Matt-Heidecker, die vor 3 Tagen eindrucksvoll und unangefochten als Oberbürgermeisterin in Kirchheim/Teck wiedergewählt wurde.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen litten angesichts der Volksabstimmung zum sog. Kündigungsgesetz bestimmt nicht unter routiniertem Durchverhandeln und Durchbeschließen. Der Haushalt wurde eingebracht (21.09.2011) bevor der Landtag den Weg zur Volksabstimmung auch formal frei gemacht hatte (28.09.2011) und er wird verabschiedet, nachdem die Volksabstimmung (27.11.2011) bereits stattgefunden hat. Wir alle, ob Befürworter oder Gegner, standen in diesen Wochen unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen über dieses und um dieses Projekt. Ich habe im letzten Jahr bei dieser Gelegenheit davon gesprochen, dass die Legitimationskrise, der Stuttgart 21 ausgesetzt war, diesen Bau schwer belastet. Jetzt haben wir Klarheit.

Der legitimatorisch einzig gangbare, der verfassungsrechtliche Weg über die Volksabstimmung wurde begangen. Die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg haben ihre Möglichkeit als Gesetzgeber wahrgenommen. Und das Ergebnis ist klar: Es gab in der Region keine Mehrheit für den Ausstieg, auch nicht in der Landeshauptstadt, in der wohl viele mit einer anderen Mehrheit gerechnet haben. Und landesweit sind die Projektgegner unter einem Quorum von 20% geblieben. Inzwischen sind eineinhalb Wochen vergangen. Und damit beginnt die Zeit, wieder aufeinander zuzugehen. Ich habe am Abstimmungsabend gesagt, dass es keinen Grund für Triumphgefühle gibt,

sondern dass es darauf ankommt, das Ergebnis mit Respekt zu akzeptieren und die Gräben wieder zuzuschütten. Wir brauchen mehr denn je die Gemeinsamkeitssucher.

Der Bau wird jetzt fortgesetzt und alle Projektpartner, mit der Landesregierung, sind zur Weiterführung und konstruktiven Begleitung verpflichtet, wie kritisch auch immer man sein mag.

Halten wir fest: Baden-Württemberg erhält als führendes Technologieland in der Republik mit Stuttgart 21 und der Neubaustrecke ein Verkehrssystem, das seiner Leistungsfähigkeit und seinem Leistungswillen angemessen ist und das es aus seiner problematischen verkehrspolitischen Lage ein erhebliches Stück weit herausbringt. Auch deshalb darf ich daran erinnern, dass die letzte Schnellbahnstrecke in unserem Land von Mannheim nach Stuttgart in den Jahren 1976 bis 1991 realisiert worden ist.

Zusätzliche S-Bahn-Fahrzeuge

Während der Haushaltsberatungen hat sich herausgeschält, dass wir die Option aus dem S-Bahn-Vertrag ziehen können, weitere Fahrzeuge mit dem Standard ET 430 zu beschaffen. Unvorhersehbare Mittel werden uns aller Voraussicht nach die zu zahlenden Baukostenzuschüsse, rd. 23 Mio. € brutto, erleichtern. Das damit verbundene Risiko ist kalkulierbar.

Deshalb steht dies auch auf der heutigen Tagesordnung (unter TOP 5). Die Beschaffung von zusätzlichen, neuen S-Bahn-Fahrzeugen und die Integration weiterer ET 423 über 2015 hinaus geht einher, ja ist sogar die Bedingung für die Angebotserweiterungen der S-Bahn. Diese sind im Detail in der Beschlussvorlage genannt, so dass ich mir die Wiederholung ersparen kann. Im Gegenzug ist aber festzuhalten, dass wir bei einer nicht fristgerechten Bestellung, diese Angebotserweiterungen nicht realisieren können. Dies wäre eine verpasste Chance, die nicht wieder kommen wird.

Kulturregion

Dies gilt in gleicher Weise für die KulturRegion. Mit dem Gutachten der „Kulturexperten“, den daran sich anschließenden Diskussionen im Ausschuss, den Gesprächen mit den Beteiligten und dem Beschluss, 250.000 € jährlich für die KulturRegion in den Haushalt aufzunehmen, haben wir ein diskussions- und kompromissfähiges Angebot gemacht. Mit den Partnern ist eine gemeinsame Umsetzung möglich.

Uns geht es nicht darum, mit dem Beschluss im Ausschuss und der heutigen haushalterischen Absicherung inhaltlich in die Arbeit der KulturRegion einzugreifen, sondern eine organisatorisches und finanzielles Angebot und eine Grundlage zu schaffen, die zusammenführt und ein partnerschaftliches Miteinander fördert.

Aber auch das muss festgehalten werden: Ich glaube nicht, dass wir noch weitere Chancen bekommen werden, dieses für die Region und ihre Kommunen wichtige Pro-

jekt verwirklichen zu können. Es wäre mehr als bedauerlich, wenn die Anstrengungen der letzten Monate ergebnislos versanden würden.

Aufgabenträgerschaft

Unsere Region ist Teil der Kommunalen Selbstverwaltung, und sie wird es bleiben. Eine Parlamentarisierung wird nicht stattfinden. Kommunale Selbstverwaltung ist bei uns ein gewachsenes, hohes Gut, das lange zurückreichende historische Wurzeln hat.

Die Anziehungskraft dieser demokratischen Errungenschaft, liegt darin, dass Handlungsfreiheit im inneren Gefüge einerseits und Schutz vor staatlichen Eingriffen (oder Übergriffen) andererseits, die Möglichkeit eröffnet, rasch und flexibel auf sich verändernde Lebenswirklichkeiten zu reagieren und eigenständig in demokratischen Prozessen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Dies ist aber nur so lange möglich und allgemein akzeptiert, so lange diese Aufgaben auch tatsächlich erfüllt werden. Ändern sich die Lebenswirklichkeiten, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, hat das Folgen.

Kommunale Selbstverwaltung kann nie auf einer Ebene festgeschrieben werden, ist mehrschichtig und nicht zwangsläufig hierarchisch. Die Aufgaben müssen sinnvoll dort angesiedelt werden, wo sie am besten erfüllt werden können. Deshalb müssen wir, dem Mehrheitswillen der Regionalversammlung folgend, die Chance nutzen, die sich aus dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ergibt. In erster Linie bei der Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV, die wir eindeutig bei der Region sehen. Und dies nach wie vor in größtmöglicher Gemeinsamkeit.

Nachhaltige Mobilität

Im Zuge der Diskussion um Stuttgart 21 wurde von der alten Landesregierung die „Modellregion Nachhaltige Mobilität“ gestartet. Ob dieses Projekt in erster Linie als Sedativum gedacht war, lässt sich heute nur noch vermuten. Aber das macht nichts. Das Projekt hat inzwischen wesentlich deutlichere Konturen, betritt auch Neuland und bewegt sich deshalb nicht immer auf ganz geraden Wegen. Wir beteiligen uns mit nicht unerheblichen Mitteln, 2011 mit 1 Mio. €, über die gesamte Laufzeit des Projekts mit 7,5 Mio. €. Und wir wollen dabei eng mit den Kommunen zusammen arbeiten. Deshalb sind die Förderkriterien für die Komplementärfinanzierung ein zentraler Baustein. Diese werden wir in der heute zu beschließenden Arbeitsgruppe näher definieren, möglichst zeitnah zu einem Abschluss kommen und ausschreiben. Dies kann und soll ein ähnlich erfolgreiches Konzept werden wie der „Landschaftspark“. Letzterer hat übrigens in regionalen Fachkreisen große Beachtung gefunden.

Strukturbericht 2011

Seit einigen Tagen liegt der 8. Strukturbericht für die Region Stuttgart vor. Diesmal mit den Schwerpunkten Umweltwirtschaft und Maschinenbau.

Ohne einer Beratung in den Gremien der Region vorzugreifen, lässt sich aber jetzt schon festhalten, dass er interessante Ansätze beschreibt, wie Maschinenbau, Rohstoff- und Energieeffizienz und Umweltschutz zusammengebracht und zusammengedacht werden können. Und sicher wird sich die WRS gezielt und nachdrücklich diesem wichtigen Thema widmen.

Sie wissen, die „Bitte“ in diese Richtung ist die schärfste Form der Aufforderung.

Schlussbemerkung mit Kurt Schuhmacher

Wie üblich haben wir, wie die meisten anderen Fraktionen eine Reihe von Anträgen mit und ohne unmittelbare Haushaltsrelevanz gestellt. Auf die wichtigsten Anträge und Themen für das nächste Jahr bin ich näher eingegangen. Mit der aus unserer Sicht konstruktiven und in den meisten Bereichen einvernehmlichen Beratungen wird gleichfalls gestalterischer, regionaler Wille gezeigt. Deshalb haben wir auch keine Schwierigkeiten, im Gegenteil, dem Haushalt zuzustimmen.

Die Zeit drängt, ich komme zum Schluss.

Im letzten VKA wurde der Ausspruch:

„Alle Politik beginnt damit auszusprechen, was ist“ einem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten zugeschrieben. Ein anderes Mitglied meinte, es stamme von dem ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD, Kurt Schuhmacher, der ja vor 1933 in Württemberg und in Stuttgart als Landtags- und Reichstagsabgeordneter markante politische Spuren hinterlassen hat.

Tatsächlich stammt die Aussage aber von Ferdinand Lassalle, einem der Gründerväter der Sozialdemokratie. Es lautet vollständig:

„Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und bemänteln dessen, was ist.“

Es entstammt übrigens seiner Schrift: „Das System der erworbenen Rechte“ aus dem Jahr 1861.

In welchem Umfang wir uns daran halten, liegt allerdings bei uns selbst.

Ich bedanke mich für das Interesse.